

Die tödliche Dimension rechter Gewalt



Hier wurde 2008 Bernd Köhler von Neonazis erschlagen.

Eine rechte Terrorgruppe zieht jahrelang durch das Land, um Menschen zu töten, denen sie das Lebensrecht abspricht. Aus dem Untergrund heraus, unbemerkt von Polizei und Öffentlichkeit. Die Rede ist von »Döner-Morden«,

ermittelt wird von einer »Sonderkommission Bosphorus«, die die Taten in den Zusammenhang von Mafia und Schutzgelderpressung stellt. Statt von einem rassistischen Tatmotiv auszugehen, dominieren rassistische Klischees.

In den betroffenen Communities ist die Wirkung der Mordserie eine andere. Aus unserer Arbeit wissen wir: Gewalttaten im rechten Milieu sind nicht spontan und ungeplant. Sie zielen auch nicht nur auf das Opfer allein: Das Umfeld soll eingeschüchtert werden.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden. Nach wie vor ist der Kampf gegen rechte Schläger auf den Straßen nicht gewonnen. Nach wie vor besteht die Gefahr wegen der Hautfarbe, wegen des Aussehens oder der kulturellen Zuordnung angegriffen zu werden.

Seit 1990 starben 27 Menschen durch die Gewalt von Neonazis in Brandenburg, zuletzt 2008 Bernd Köhler in Templin. Die Mordserie des Thüringer Neonazitrios zeigt erneut: Der Übergang von alltäglicher Neonazigewalt zu organisierten Formen, die die gezielte Tötung von Menschen zum Ziel hat, ist fließend und allgegenwärtig.

Opferperspektive e.V.

INHALT

THEMA

Rechte Gewalt im Dunkelfeld

IM GESPRÄCH

»Ich sehe, dass ich weg soll.«

APPELL

Was jetzt zu tun ist

PROJEKT

Chronik der Gewalt

RECHTE GEWALT

Angriffsziel Imbiss

OPFERPERSPEKTIVE

In eigener Sache

PUBLIKATION

Antidiskriminierungsberatung in Brandenburg

ALLTAGSRASSISMUS

Von ständigen Anfeindungen zermürbt

Ibrahim Alberto, gebürtiger Mosambikaner und bis zum 30. Juni 2011 ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter, hat resigniert. 21 Jahre lebte er in Schwedt, war Stadtverordneter, engagiert in der Jugendarbeit und vom Bundesinnenministerium ausgezeichnet als »Botschafter für Demokratie und Toleranz«, aber: Dazugehört hat er nie, so seine bittere Bilanz. »Ich will nicht überreiben«, so Ibrahim Alberto, »aber es gab fast keinen Tag, an dem ich mir keinen komischen Spruch anhören musste.« Die Pöbeleien bis hin zu Prügeleien, der ständig spürbare Rassismus, haben ihn zermürbt. In Schwedt gibt man sich bis heute ahnungslos.

Die Nöte der Familie seien »überspitzt« und »nicht nachvollziehbar«.

Rassismus kann jederzeit in Gewalt umschlagen. Viele MigrantInnen leben unter dieser ständigen Bedrohung. So wie Ibrahim Alberto. »Ich hatte Angst. Um meine Gesundheit. Meine Familie«. Nun versucht er mit seiner Familie einen Neuanfang in Süddeutschland. Um rassistische Gewalt zu verhindern, muss den Vorbehalten gegenüber MigrantInnen oder Menschen mit Migrationshintergrund entgegengetreten werden. Deshalb unterstützt die Opferperspektive nicht nur Opfer rechter Gewalt, sondern berät auch Betroffene rassistischer Diskriminierung.

Beispiel Potsdam: Rechte Gewalt im Dunkelfeld

9. November 2011: Am Jahrestag der Reichspogromnacht marschieren etwa 50 Neonazis durch den Potsdamer Stadtteil Waldstadt. Sie sind verumumt und tragen Fackeln. In der Plattenbausiedlung im Süden Potsdams versucht sich die lokale Neonaziszene seit Längerem zu etablieren.

In der Waldstadt wohnen viele aktive Potsdamer Neonazis, immer wieder kommt es zu Übergriffen auf alternative Jugendliche. Alleine im März dieses Jahres wurden der Potsdamer Antifa vier rechte Gewalttaten bekannt. So etwa am 5. März 2011: Kurz vor Mitternacht stellt sich eine Gruppe Neonazis einem linken Jugendlichen in den Weg. Einer aus der Gruppe versetzt dem jungen Mann einen Schlag ins Gesicht.

Dann wollen sie ihn von seinem Fahrrad zerren. In letzter Minute gelingt es dem Jugendlichen, seinen Angreifern zu entkommen.

In Statistiken tauchen diese Überfälle nicht auf. Die Statistik der Opferperspektive, ebenso wie entsprechende polizeiliche Angaben, enthält nur angezeigte Gewalttaten. Nach diesen Angaben gehen in Potsdam rechte und rassistische Straftaten zurück. Doch diese Zahlen spiegeln nur einen Teil der Realität wider.

Das Dunkelfeld bei rechter Gewalt ist hoch. Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen gaben Jugendliche, die rassistische Gewalttaten verübt hatten, in über 76 Prozent der Fälle an, dass sie

anschließend keinen Kontakt zur Polizei hatten. Etwa 80 Prozent der Jugendlichen, die Opfer von Körperverletzungen werden, stellten keine Anzeige; nur eines von hundert Opfern wendete sich an eine Beratungsstelle. Am geringsten ist die Anzeigebereitschaft, wenn das Opfer ausländischer und der Täter deutscher Herkunft ist.

Für das laufende Jahr hat die Opferperspektive alleine in Potsdam sieben rechte Gewaltstraftaten gezählt, die nicht bei der Polizei angezeigt wurden. Für die lokale Zivilgesellschaft ist diese Entwicklung problematisch: Nur wenn rechte Gewalt Eingang in Statistiken findet, kann sie öffentlich thematisiert werden – zum Beispiel durch uns, die Opferperspektive.

IM GESPRÄCH

»Es schwingt immer die Angst vor Racheaktionen mit« Ein Gespräch mit Tobias Pieper, Mitarbeiter der Opferperspektive

Wie stellt sich für dich die Situation in Potsdam dar?

Wir haben im laufenden Jahr von Schlägereien, Bedrohungen und Pöbeleien erfahren, die der rechten Kameradschaftsszene zugeordnet werden. Auch wenn es bei diesen Vorfällen zu keinen schweren Verletzungen kam, bleiben die Angriffe nicht ohne psychische Folgen für die Betroffenen.

Warum werden diese körperlichen Attacken nicht zur Anzeige gebracht?

Bei den Opfern handelt es sich um alternative Jugendliche. Mit einer Anzeige haben viele schlechte Erfahrungen gemacht oder davon in ihrem Umfeld gehört. Das reicht von der Enttäuschung über eingestellte Ermittlungen oder dem Freispruch des Täters vor Gericht bis hin zu Zeugenvernehmungen, in denen sich die Betroffenen als Beschuldigte gefühlt haben, weil z. B. überwiegend nach ihrem Umfeld gefragt wurde. Es schwingt auch immer die Angst vor Racheaktionen mit. Denn die Täter erfahren bei einer Akteneinsicht durch

ihre Verteidiger fast zwangsläufig die Namen und Adressen der Opfer und Zeugen. Auch wenn es theoretisch die Möglichkeit gibt, beispielsweise die Adresse der Opferperspektive für die Postzustellung zur Verfügung zu stellen, funktioniert das in der Praxis nicht.

Was bedeutet es, wenn keine Anzeige gestellt wird?

Ohne Anzeige wird ein Vorfall häufig nicht bekannt und hat somit für die Rechten keine Folgen – im Großen wie im Kleinen. Viele Rechte setzen darauf, dass niemand sie anzeigt. Dann können sie einfach weiter machen. Unsere Erfahrung zeigt jedoch: Eine Anzeige schreckt ab. Dem Täter wird deutlich, dass sich die Angegriffenen nicht alles gefallen lassen und eben keine Opfer sein wollen. Ohne Anzeige, ohne Angegriffene oder Zeugen ist die Polizei nicht in der Lage, die Täter zu ermitteln. Oft muss sie ohne Anzeige fast zwangsläufig von anderer Seite dokumentierte Angriffe dementieren. Die Gesellschaft braucht jedoch dokumentierte und

damit in der Regel auch angezeigte Gewalttaten. Vor diesem Hintergrund überlegen wir derzeit, auch nicht angezeigte Angriffe öffentlich zu dokumentieren. Denn nur so wird rechte Gewalt diskutierbar und Solidarität mit den Betroffenen möglich.



Potsdamer Neonazi: Gewaltbereit.
(Foto: Maik Baumgärtner)



Angegriffen mitten in der Öffentlichkeit. Für Anouar Z. hat sich Cottbus geändert.

»Ich sehe, dass ich hier weg soll«

Anouar Z. ist 33 Jahre alt. Der Fotojournalist kam im vergangenen Jahr aus Liebe nach Deutschland. Am 28. August 2011 wurde er grundlos rassistisch beleidigt und mit einem Schlagring angegriffen, als er mit drei Bekannten an einer Bushaltestelle saß. Für den Marokkaner haben sich seit dem Angriff die Welt und seine Sicht auf Cottbus verändert. Nun versucht er einen Neuanfang in Wuppertal.

Was hattest du für ein Bild von Cottbus, als du hier angekommen bist?

Vor dem Angriff war Cottbus für mich eine schöne Stadt. Jetzt aber nicht mehr. Cottbus ist keine Stadt, in der Ausländer in Ruhe leben können. Drei Freunde von mir sind schon weggezogen, einer ist nach Bayern, einer nach Nordrhein-Westfalen, und der Dritte ist wieder zurück nach Marokko. Sie hatten Angst, von Rassisten so wie ich schwer verletzt oder gar getötet zu werden.

Du hast ein Jahr in Cottbus gelebt, hast du in dieser Zeit Freunde gefunden?

Es ist schwer, Freunde zu finden. Mit einer Familie aus Polen bin ich befreundet. Kontakt habe ich auch zu den wenigen marokkanischen Studenten. Und ein paar Kollegen auf der Arbeit sind ganz nett zu mir. Es gibt aber auch Kollegen, die etwas gegen Ausländer haben. Neulich hat mich ein Facharbeiter angeschrien – einfach so, nur weil ich Ausländer bin. Als ich mich beschwert

habe, hat sich der Schichtleiter dann auch noch auf seine Seite gestellt.

Wie ist das, wenn du in der Stadt unterwegs bist?

Wenn ich in einen Laden gehe, schauen sie mich an, als käme ich mit einer Bombe direkt aus Afghanistan. Diese Blicke! Keiner schaut freundlich. In der Straßenbahn wurden ein Freund und ich einmal von einem jungen Mann beleidigt, nur weil wir Arabisch gesprochen haben.

War das ein Einzelfall?

Nein, so etwas kommt immer wieder vor. Ein Freund wollte mir einmal zeigen, welches Parfüm er benutzt. Wir sind dann zu Kaufhof. Als wir gehen wollten, hat uns der Kaufhausdetektiv angehalten und wollte uns kontrollieren. Mein Freund kann nicht so gut deutsch, deshalb haben wir miteinander Arabisch gesprochen. Das wollte uns der Mann verbieten. Aber warum? Als die Polizei kam, behauptete er, wir hätten ihn auf Arabisch beleidigt. Ich habe dann für ein Jahr ein Hausverbot bekommen, obwohl die Polizisten das auch nicht verstanden haben. Trotzdem hatten sie dem Kaufhausdetektiv meinen Ausweis gegeben. Aber warum? Ich hatte nichts getan!

Wie wirkt dieses Verhalten auf dich?

Was ich da sehe? Ich sehe, dass ich hier weg soll. Seit dem Angriff vor der Stadthalle will ich nicht mehr in Cottbus

leben. Ich gehe jetzt nach Wuppertal. Dort lebt meine Schwester. Dort haben die Menschen nichts gegen Ausländer. Auch wenn ich dort keine so gut bezahlte Arbeit finde: Ich will in Ruhe und in Sicherheit leben. Ich will dort leben, wo man abends ohne Angst spazieren gehen oder unbeobachtet einkaufen kann.

Wie geht es dir nach dem Angriff?

Ich habe Angst. Vor allem im Dunkeln, wenn ich zur Nacht- oder Frühschicht muss. Ich schaue mich ständig um. Ein Kollege nimmt mich nach der Arbeit mit und lässt mich hier bei einem Parkplatz raus. Jetzt ist mir zweimal ein Mann aufgefallen, der mich böse angeschaut hat, als wollte er etwas von mir. Da habe ich einen Umweg genommen.

Hättest du vor dem Angriff auf so etwas anders reagiert?

Mir war klar, dass die Leute hier nichts mit Ausländern zu tun haben wollen. Aber ich habe nicht gedacht, dass ich deswegen zusammengeschlagen werde. Jetzt bin ich vorsichtig, wenn ich spazieren oder einkaufen gehe. Die Schlägerei geht mir nicht aus dem Kopf. Egal ob einer 20 Cent will oder eine Zigarette oder er will einfach nur etwas fragen, immer denke ich, ich muss bereit sein, mich zu verteidigen. Früher war das nicht so.

Eine Langfassung des Gesprächs ist zu finden auf www.opferperspektive.de

Was jetzt zu tun ist



Mobile Beratungsteams und Beratungsprojekte für Opfer rechter Gewalt fordern eine Umkehr in der Politik staatlicher Behörden gegen Rechtsradikalismus. Erstunterzeichner dieses Appells ist auch die Opferperspektive. (Foto: Mark Mühlhaus/attenzione)

Mobile Beratungsteams und Opferberatungsprojekte beraten und begleiten Opfer rechter Gewalt, Kommunen und Zivilgesellschaft. Auch wenn wir seit Jahren vor der Gewalt von Neonazis und rassistischen GelegenheitstäterInnen warnen, sind wir geschockt von dem Ausmaß an Ignoranz und Verharmlosung staatlicher Stellen angesichts der rassistischen Mordserie. Wir verlangen jetzt eine Zäsur im Umgang mit der extremen Rechten.

1. Eingreifen und einmischen statt wegsehen

Jeden Tag ereignen sich in Deutschland mindestens zwei bis drei rechte und rassistische Gewalttaten. Die TäterInnen sprechen vor allem denjenigen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ab, die als Minderheiten ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert werden. Das zu ändern und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, können wir nicht an den Staat delegieren: Jede und jeder kann bei rassistischen Sprüchen am Arbeitsplatz, antisemitischer Hetze auf dem Sportplatz oder »Schwulenzwitschen« Kontra geben und eingreifen, wenn andere bedroht und geschlagen werden. Und jede und jeder kann jetzt praktische Solidarität zeigen: z. B. Spenden für Einrichtungen sammeln, die Zielscheibe von neona-

zistischen Brandanschlägen geworden sind oder den Menschen in diesen Einrichtungen persönlich in Gesprächen oder praktisch beistehen.

2. Mehr Demokratie statt mehr Verfassungsschutz

Polizei, Justiz und Geheimdienste spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse wider. In einem Land, in dem regelmäßig ein Drittel erklärt, Deutschland sei »im gefährlichen Maße überfremdet«, ist es keine Ausnahme, dass Sonderkommissionen »Aladin« oder »Bosporus« genannt und Opfer rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt werden. Schon die Bezeichnung »Döner-Morde« ist rassistisch und entwürdigend. Nationale Terrorabwehrzentren und neue Gesamtdaten von Polizei und Geheimdiensten werden daran nichts ändern. Ein erster Schritt wäre eine klare Abkehr von den Feindbildern der »Linksextremisten«, »Muslime« und »Fremden«. Der Rassismus der Mitte muss als Problem erkannt werden.

3. Zivilgesellschaftliche Expertisen anerkennen und nutzen

Der derzeitige Schock der politisch Verantwortlichen über den Terror des »Nationalsozialistischen Untergrunds« lässt sich nur damit erklären, dass sie die öffentlich zugänglichen Informationen

und Analysen der zivilgesellschaftlich Aktiven gegen Rechts und Rassismus – Antifagruppen, Bündnisse und Beratungsprojekte – offenbar komplett ignoriert und stattdessen nur auf die Geheimdienste gehört haben. Wer auf die falschen BeraterInnen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten setzt, kann nur verlieren – und spielt mit dem Feuer. Künftig muss der Erfahrungsschatz der zivilgesellschaftlichen ExpertInnen angemessenes Gehör finden.

4. Staatliche Alimentierung der Neonazis beenden, V-Leute abschaffen

V-Leute sind vom Staat bezahlte Neonazis, die Steuergelder dazu verwenden, um Neonazistrukturen auszubauen und zu stabilisieren sowie staatliche Stellen allenfalls mit fragwürdigen Informationen zu versorgen. In der Geschichte der deutschen Neonazibewegung waren immer wieder V-Männer und -Frauen in tödliche Attentate (Wehrsportgruppe Hoffmann) und Brandanschläge (Solingen) involviert, haben die Produktion und den Vertrieb neonazistischer Hassmusik organisiert (Brandenburg und Sachsen), NPD-Landesverbände am Laufen gehalten (Nordrhein-Westfalen), mit Steuergeldern militante Neonazistruk-

turen wie den Thüringer Heimatschutz und Blood&Honour aufgebaut und ein NPD-Verbot im Jahr 2003 verhindert.

5. Lückenlose Aufklärung und Konsequenzen auf allen Ebenen

Alle Daten und Informationen, die notwendig gewesen wären, um mit polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln schon 1998 – vor Beginn der rassistischen Mordserie – gegen den Kern des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) vorzugehen, lagen den Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten gleichermaßen vor. Doch diese Informationen wurden mit einer Mischung aus Verharmlosung, Entpolitisierung und Inkompetenz von Polizei, Justiz und Geheimdiensten ignoriert, wie sie bei rechter Gewalt immer wieder zu beobachten war und ist. Wer jetzt Aufklärung verspricht, muss überall dort, wo Versagen offenkundig geworden ist, auch personelle Konsequenzen ziehen, egal ob in Innenministerien, Geheimdiensten oder Strafverfolgungsbehörden.

Die Angehörigen der Ermordeten, die Verletzten der Nagelbombenanschläge und die Communities, die durch die Attentate der NSU unmittelbar betroffen sind, aber auch die Gesellschaft als Ganzes haben ein Recht darauf, dass eine lücken- und schonungslose Aufklärung in aller Öffentlichkeit stattfindet.

6. Nebelkerze NPD-Verbot ad Acta legen

Die zum x-ten Mal geführte Debatte über ein NPD-Verbot verstellt den Blick auf das schockierende Ausmaß staatlicher Verharmlosung der extremen Rechten und gesamtgesellschaftlichen Rassismus. Effektiver als jede reflexartige Debatte wäre ein geschlossenes Vorgehen aller demokratischen Parteien dort, wo sie mit der NPD konfrontiert sind. Die NPD und die extreme Rechte sind überall dort stark, wo demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft ihnen nicht ge- und entschlossen entgegen treten. Dass sich, wie in Sachsen, die CDU-geführte Regierung nach diskreditierenden parlamentarischen Anfragen der NPD nicht zur wertschätzenden Unterstützung von Beratungsprojekten gegen Rechts durchringen kann, ist kein Einzelfall.

7. Engagement gegen Rechts braucht Anerkennung und Unterstützung statt Diffamierung und Kriminalisierung

Bei den Protesten gegen den Neonaaziaufmarsch in Dresden im Februar 2011 wurden Hunderttausende Telefonate abgehört, bei Ermittlungen gegen NeonazigegnerInnen wegen Aufrufen zu Blockaden wird nicht einmal mehr vor Kirchengemeinden haltgemacht. Anstatt Antifagruppen, GewerkschafterInnen, Bündnisse gegen Rechts, KommunalpolitikerInnen und andere zu diffamieren und zu kriminalisieren, müssen sie Anerkennung, Unterstützung und Ermutigung durch politisch Verantwortliche aller Parteien erfahren. Wer Misstrauen gegen engagierte BürgerInnen sät, wird mehr rechte und rassistische Gewalt ernten. Und wer militante Kameradschaften schwächen will, muss alternative, nicht-rechte Jugendkulturen fördern.

8. »Extremismusklausel« abschaffen

Die Bundesregierung zwingt die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Unterschrift unter eine sogenannte »Demokratieerklärung«, mit der sich die Projekte verpflichten sollen, ihre PartnerInnen auf Verfassungstreue zu prüfen und sie zu bespitzeln. Als Grundlage für die Einschätzung der Verfassungstreue von KooperationspartnerInnen sollen ausgerechnet die Berichte des Verfassungsschutzes dienen. Die rassistischen Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft bleiben dabei außen vor. Die zivilgesellschaftliche Arbeit wird seit Jahren beeinträchtigt durch die historisch falsche, wissenschaftlich unsinnige und politisch gefährliche »Extremismustheorie«, die Rechtsextremismus und Linksextremismus und damit auch Faschismus und Antifaschismus gleichsetzt.

9. Langfristige Planungssicherheit für Projekte gegen Rechts-extremismus und Ausweitung der bewährten Beratungsprojekte in den alten Bundesländern

Die Arbeit gegen die extreme Rechte braucht einen langen Atem, ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe und kein Strohfeuer und muss entspre-

chend dauerhaft gefördert werden. Außerdem sind rechte Gewalt und extrem rechte Aktivitäten keine Ostprobleme. Die Mehrheit der NSU-Morde ereignete sich in den alten Bundesländern – in Regionen, in denen seit Langem militante Neonazistrukturen aktiv sind. Die Beratungsprojekte in den neuen Bundesländern und Berlin arbeiten seit nunmehr über zehn Jahren erfolgreich und unabhängig, dennoch wurden ihnen wiederholt die Mittel gekürzt.

Die Mobilien Beratungsteams sind AnsprechpartnerInnen für KommunalpolitikerInnen und Zivilgesellschaft; die Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen und begleiten Betroffene, Zeuginnen und Angehörige bei der Bewältigung der Tatfolgen. Diese Projekte sind derzeit mit zum Teil massiven Mittelkürzungen konfrontiert. In den alten Bundesländern sind sie komplett unterfinanziert oder existieren aus Mangel an Fördergeldern erst gar nicht. Wenn Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) jetzt erklärt, in ihrem Haushalt seien die Millionen aus dem Programm gegen »Linksextremismus« noch nicht abgerufen worden, dann müssen diese Gelder umgehend zum Aus- und Aufbau der bewährten Strukturprojekte gegen Rechts zur Verfügung gestellt werden. Das wäre ein erster Schritt, dem weitere – wie ein Ende der Kürzungen bei den Antidiskriminierungsbüros – folgen müssen.

10. Rassismus endlich beim Namen nennen

Es ist unbegreiflich, dass im Zusammenhang mit den NSU-Morden von »Fremdenfeindlichkeit« die Rede ist. Die Ermordeten waren mitnichten »Fremde«, »Türken« oder »Griechen«, sondern repräsentieren die Mitte unserer Gesellschaft. Es ist Zeit, endlich von Rassismus und dem Wahn der »White Supremacy« (»Überlegenheit der Weißen«) zu sprechen, denn dies war das Motiv der Neonazis. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und allen anderen »Merkmale«.

Wanderausstellung ist eine Chronik der Gewalt



Mit staunendem Entsetzen reagierten viele PolitikerInnen auf die Neonazizelle von Zwickau. Dabei ziehen Neonazis seit vielen Jahren mordend durch Deutschland. Erschossen, totgeprügelt, erstochen – diese Schicksale dokumentieren die Bildtafeln der Ausstel-

lung »Opfer rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland«. Die Opfer sind MigrantInnen, Flüchtlinge, Obdachlose, Punks, Linke. Es sind Menschen, die im Weltbild der Rechten keinen Platz haben oder den Mut besaßen, ihre Stimme gegen braunes Gedankengut zu erheben.

Die Wanderausstellung wird von der Opferperspektive kuratiert. Erst im Juni dieses Jahres wurde eine Neuauflage der Ausstellung der Öffentlichkeit präsentiert. Neu aufgenommen wurden 20 Todesopfer unter anderem aus den Jahren 2005 bis 2010. Insgesamt werden in der Ausstellung die Lebenswege von 156 Menschen beschrieben, die durch die Gewalt von Neonazis seit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 bis Ende 2010 zu Tode kamen.

Mit 27 verzeichnet Brandenburg deutschlandweit die meisten Todesopfer rechter Gewalt. Darunter ist der Pole Andrzej Fratzak. Er wurde im Oktober 1990 in Lübbenau von Neonazis ermordet. Ebenso wie Amadeu Antonio.

Eine Horde rechter Jugendlicher, die Jagd auf Schwarze machte, griff ihn am 25. November 1990 in Eberswalde an und schlug ihn ins Koma. Er starb elf Tage später. Oder Klaus-Dieter Harms, den am 2. August 2001 zwei Rechte in seiner Wohnung in Wittenberge zu Tode prügelten, weil sie ihn als »minderwertig« ansahen. Das vorerst letzte Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg war Bernd Köhler. In Templin wurde er in der Nacht auf den 22. Juli 2008 von zwei Rechten totgeprügelt.

Von der Bundesregierung und von der Brandenburger Landesregierung offiziell als Opfer rechter Gewalt anerkannt sind lediglich neun Todesopfer aus Brandenburg. Dabei ist nicht nur für Angehörige und FreundInnen eine offizielle Anerkennung als Opfer rechter Gewalt bei der Bewältigung der Tat von großer Bedeutung. Sie ist auch ein deutliches Zeichen gegenüber den TäterInnen und ihrer menschenverachtenden Ideologie.

Informationen: www.opfer-rechter-gewalt.de

RECHTE GEWALT

Angriffsziel Imbiss

Zum Opfer rechter Gewalt werden Menschen oft nur deshalb, weil sie relativ leicht erreichbar sind – die Gewaltexzesse entladen sich, wenn die TäterInnen auf Opfersuche sind. Besonders oft gehen sie auf Imbissbetreiber los: Mehr als 70 Angriffe von Rechtsextremen auf von MigrantInnen geführte Imbisse in Brandenburg zählte die Opferperspektive seit dem Jahr 2000. Meistens handelte es sich um Brandanschläge. Schon früh nahm die Nazigewalt dabei auch terroristische Formen an. Mit dem Ziel, »Ausländer« aus der Region zu vertreiben, brannten Neonazis des Freikorps Havelland in den Jahren 2003 und 2004 zehn Imbissbuden nieder. Einige der TäterInnen wurden dafür als Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu Jugendstrafen verurteilt.

Straff organisierte TäterInnen sind allerdings eher die Ausnahme. Meistens wird relativ spontan aus rassistischer Motivation gehandelt. Zu diesem Ergebnis kam die Studie »Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg« von Beate Selders und Thomas Bürk-Matsunami, die die Opferperspektive 2005 in Auftrag gegeben hatte. Auf dieser Grundlage erschien im selben Jahr die Broschüre »Angriffsziel Imbiss«.

Wie rechter und rassistischer Alltagsterror in Rechtsterrorismus umschlagen kann, zeigt der Terror des »Nationalsozialistischen Untergrunds«. Noch eine weitere Parallele belegt die damalige Studie: das Versagen des staatlichen Schutzes. Die Studie kam zu dem Er-

gebnis, dass bei den Ermittlungsbehörden oft das Vorurteil vorherrschend gewesen sei: »Das waren die doch bestimmt selbst.« Brandanschläge auf Döner- und Asia-Imbisse seien oft mit Versicherungsbetrug oder Konkurrenz unter AusländerInnen abgetan worden.

Informationen: www.opferperspektive.de/Dokumente/Publicationen



Ein Mix aus Fördergeldern, Spenden und Bußgeldzuweisungen

Die Unterstützung durch Förderer bildet die Grundlage für die Arbeit des Vereins Opferperspektive. Im Jahr 2010 erhielt der Verein über 20.000 Euro an Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Bußgeldzuweisungen. Die Eigenmittel werden verwendet, um Fördermittel zu erhalten, die für die Arbeit des Vereins benötigt werden: Erfassung rechter Gewalttaten, Beratung von Opfern rechter Gewalt und Betroffenen rassistischer Diskriminierung, Prävention und Bildung. Die Eigenmittel machen rund zehn Prozent, öffentliche und private Zuschüsse über 85 Prozent der Einnahmen aus. Anders als in den Vorjahren wird die Beratung von Opfern rechter Gewalt seit 2011 ausschließlich durch Landesmittel im Rahmen des Handlungskonzepts »Tolerantes Brandenburg« gefördert. Die Beratung von Betroffenen rassistischer Diskriminierung wird finanziert aus Mitteln der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg und durch Zuwendungen der Stiftung :do. Weitere fünf Prozent der Einnahmen sind zweckgebundene Spenden für Menschen, die nach rechten Gewalttaten besondere medizinische Versorgung benötigen, arbeitsunfähig oder zu Waisen geworden sind.



Seit Jahren unterstützt die Opferperspektive zusammen mit dem Berliner Tagesspiegel Orazio Giambianco.

Für die aufsuchende Beratung für Opfer rechter Gewalt und von Betroffenen rassistischer Diskriminierung werden über 75 Prozent der Ausgaben aufgewendet; den größten Anteil haben daran die Gehälter der sieben BeraterInnen. Etwa zehn Prozent werden

für Arbeitsplätze und Arbeitsmittel, fünf Prozent für Reisekosten ausgegeben. Ratgeber und andere Publikationen sowie Veranstaltungen fallen mit weiteren fünf Prozent ins Gewicht.

Informationen: www.opferperspektive.de/Ueber_uns/Finanzierung

SPENDEN

Mit der Hilfe von Förderern

Viele der Menschen, die die Opferperspektive durch Spenden unterstützen, begleiten den Verein seit mehreren Jahren. Seit der Gründung im Jahr 2000 ist der Kreis der Förderer stetig angewachsen. Im vergangenen Jahr unterstützten etwa 300 Menschen die Arbeit der Opferperspektive mit insgesamt über 16.000 Euro. Diese Unterstützung schafft die Grundlage, auf der das vorrangliche Ziel umgesetzt werden kann: Alle, die in Brandenburg Opfer rechter Gewalt werden oder die aufgrund ihrer Herkunft Benachteiligung erfahren, sollen Hilfe erhalten.

Immer wieder werden Spenden direkt für Menschen gesammelt, die in Notlagen geraten sind. Mehrmals konnte so MigrantInnen geholfen werden, ihre niedergebrannten Geschäfte wieder zu eröffnen. Regelmäßig erhält ein Kind, dessen Vater durch rechte Gewalt ums Leben kam, Unterstützung von SpenderInnen. Mit dem Berliner Tagesspiegel sammelt die Opferperspektive jedes Jahr Spenden für Orazio Giambianco, der seit einem rechten Angriff schwerbehindert ist. Solche zweckgebundenen Spenden werden zu einhundert Prozent für den

angegebenen Zweck eingesetzt; die dafür anfallenden Werbungs- und Verwaltungskosten werden durch »freie« Spenden finanziert.

Die Opferperspektive hilft Menschen, die von Rechten gejagt und geschlagen werden. Und die Opferperspektive hilft Menschen, die wegen ihrer Hautfarbe, ihres Namens, ihrer Herkunft, Nationalität, Religion, Sprache oder Lebensweise diskriminiert werden. Dass all diese Menschen die bestmögliche medizinische, psychologische, rechtliche und politische Unterstützung erhalten – dafür arbeiten wir.

In eigener Sache

Zahlreiche neue MitarbeiterInnen konnte die Opferperspektive im laufenden Jahr begrüßen. Das zweiköpfige Team der Antidiskriminierungsberatung des Vereins verstärkt seit Februar 2011 Astrid Tautz. Die Leipzigerin war zuvor im Antidiskriminierungsbüro e. V. Sachsen tätig. Im März stieß Anne Brüggmann zur Opferperspektive. Statt Gesa Köbberling begleitet sie nun Opfer rechter Gewalt im Süden Brandenburgs zur Polizei, vor Gericht und bei Behördengängen. Die Region ist ihr nicht unbekannt. Als Elternzeitvertretung betreute sie die Gegend um Cottbus bereits vom September 2009 bis zum August 2010. Ulrike Imhof übernahm im Dezember den Aufgabenbereich von Martin Beck. Wie er kümmert sie sich in Zukunft auch um die Veröffentlichungen der Opferperspektive und ist Ansprechpartnerin für SpenderInnen und Förderer des Vereins. Bereits im September verließ Dominique John nach fast zehn Jahren das Team. Zuletzt führte er als Geschäftsführer die Geschicke der Opferperspektive. Diese Aufgabe übernahm Marcus Reinert. Die Opferperspektive kennt der Jurist seit ihrer Gründung. Bis zur Übernahme der Geschäftsführung war er Mitglied des Vorstands des Vereins.

IMPRESSUM



Opferperspektive e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001
E-Mail: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

Redaktion: Ulrike Imhof
Lektorat: Martin Beck
Satz: Sabine Steinhof

Spendenkonto: 3813100
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 100 205 00

Antidiskriminierungsarbeit konkret

»Aber sich zu wehren, ist wichtig. Empowerment – gegen Diskriminierung in Brandenburg.« So lautet der programmatische Titel einer Broschüre, die die Arbeit der Antidiskriminierungsberatung der Opferperspektive vorstellt. Auf 40 Seiten informiert das Heft über die eigene Arbeit, reflektiert die gemachten Erfahrungen und problematisiert das (Beratungs-)Handeln. Neben einem Überblick über die Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland und Brandenburg enthält die Broschüre Aufsätze zur gesellschaftlichen Bedeutung von Rassismus und über seine Wirkung auf Betroffene. An sechs konkreten Fällen werden diese Dimensionen anschaulich gemacht. Die Broschüre soll »Mut machen. Mut, die Herausforderung

einer Antidiskriminierungsarbeit anzunehmen, die sich nicht den TäterInnen, sondern den Opfern widmet, die oft wenig spektakulär daher kommt, die langdauernd und schwierig ist«, so Karin Weiss, die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg.



RECHTER BRANDANSCHLAG

Führender Neonazi aus Zossen verurteilt

Am 23. Januar 2010 brannte das »Haus der Demokratie« in Zossen ab. Der Brandanschlag war Teil einer Serie von Aktionen der Freien Kräfte Teltow-Fläming gegen die Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht«. Die Bürgerinitiative engagiert sich seit 2009 gegen den Rechtsextremismus in ihrer Stadt. Am 30. November 2011 verurteilte das Amtsgericht Zossen den führenden Kopf

der lokalen Kameradschaft unter anderem wegen Anstiftung zur vorsätzlichen schweren Brandstiftung zu drei Jahren und acht Monaten Gefängnis. In ihrem Engagement gegen die Rechten stand die Bürgerinitiative vor Ort lange alleine. Bleibt zu hoffen, dass sich das nun ändert. Denn den Rechten ist der Zulauf nur abzugraben, wenn schnell und konsequent reagiert wird.

MONITOR

Rechte Gewalt in Brandenburg

Im Jahr 2010 zählte die Opferperspektive 108 rechts motivierte Gewalttaten in Brandenburg. Für dieses Jahr deutet sich ein Rückgang rechter Gewalt im Land an. In einigen Landesteilen hat eine gewisse Entspannung der Lage eingesetzt. Die Selbstverständlichkeit, mit denen die Rechten glauben, zuschlagen zu können, scheint hier ins Wanken geraten zu sein. Nach wie vor

ist der Kampf gegen die rechten Schläger auf den Straßen aber nicht gewonnen. Nach wie vor besteht in Brandenburg die Gefahr, wegen der Hautfarbe, wegen des Aussehens oder der zugeschriebenen ethnischen Herkunft angegriffen zu werden. Und nicht überall und auch nicht in jedem Fall gelingt es der Zivilgesellschaft, auf Angriffe gegen Minderheiten adäquat zu reagieren.